

Brosmete

## Von Nasen und dergleichen



Wir sind das Land der Höhen und Tüfen, Büeler und Töbler, Eggen und Platten, Ruggen und Wannan. Der ständige Gegensatz von Hoch und Tief bilde ein entscheidendes Merkmal im appenzellischen Namenmaterial, schreibt der vor drei Jahren verstorbene Herisauer Namenforscher Stefan Sonderegger.

Es macht Spass, online unter [Ortsnamen.ch](http://Ortsnamen.ch) dieses Material durchzugehen und beim einen oder anderen Orts- oder Flurnamen hängenzubleiben. Zuvorderst bei der eigenen Wohnadresse: «Nasen» heisst diese bei mir. Laut Namensdatenbank steht «Nase(n)» für einen markanten, nasenartigen Vorsprung. In der Forschung gilt diese Bezeichnung als Vergleichsname. Viele andere Körperteil-Flurnamen seien solche Vergleichsnamen: Ellenbogen in Hundwil etwa – oder Öhrli, Hals und Nasenlöcher in Schwende. Letztere entsprechen zwei nebeneinander sich öffnenden, rundlichen Felshöhlungen, die in der Landschaft gut sichtbar sind. Auch «meine» Nase ist in der Landschaft gut sichtbar. Wer von Westen – idealerweise von der Vögelinsegg – Richtung Osten blickt, sieht die Flur als nasenartigen Vorsprung: erhöht über der Lochersebni und mittig zwischen dem Kaienspitz im Norden und dem Biel im Süden. Ich bin jetzt in der Tat selbst überrascht, dass meine Wohnadresse in so viel erklärbares, appenzelltypisches Namenmaterial eingebettet ist.

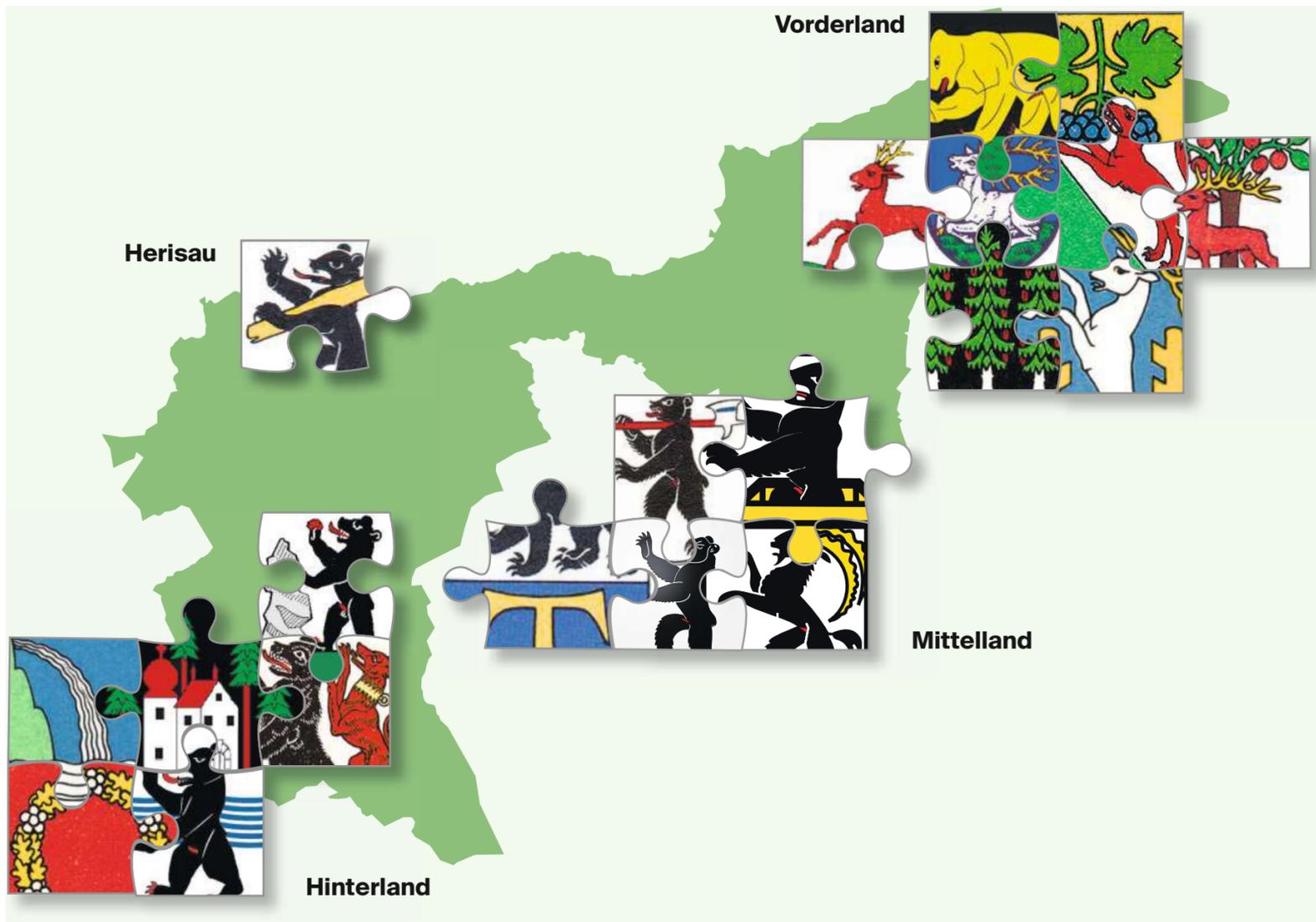
Eines allerdings beschäftigt mich beharrlich wiederkehrend: Während für meinen nächsten Nasen-Mitbewohner klar ist, dass er «in der Nase» wohnt, sperre ich mich vehement gegen diese Ausdrucksweise. «In der Nase» ist es dunkel und haarig – und ab und an bohrt eine(r) darin. «Auf der Nase» oder «auf Nasen» gefällt mir besser. Und ich stelle mir vor, auf der Nasenspitze zu wohnen, obwohl unser Häuschen, wenn man es genau nimmt, aus westlicher Richtung betrachtet am rechten oder südöstlichen Nasenflügel klebt.

Heidi Eisenhut

## Absage

### Gemeinde streicht den Jahrmarkt

**Hundwil** Der Jahrmarkt (Warenmarkt) vom 10. Oktober auf dem Landsgemeindeplatz Hundwil wurde coronabedingt abgesagt.



Mit der favorisierten Lösung der Regierung würde Ausserrhoden aus den Gemeinden Vorderland, Mittelland, Hinterland und Herisau bestehen.

Montage: stb

# Regierung vollzieht Kehrtwende

Nachdem der Regierungsrat gegenüber Fusionen lange skeptisch war, will er nur noch vier Gemeinden.

Jesko Calderara

Jahrelang bewegte sich in Appenzell Ausserrhoden beim Thema Gemeindestrukturen nur wenig. Nun tritt der Regierungsrat die Flucht nach vorne an und präsentiert teils radikale Ideen. Konkret schlägt er als Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Starke Ausserrhoder Gemeinden» drei Varianten vor. Das Volksbegehren verlangt die Streichung der Gemeindennamen aus der Verfassung. Dadurch soll die Grundlage für mögliche Gemeindefusionen gelegt werden. Der Kantonsrat wies im Februar 2019 die Initiative an die Regierung zurück mit dem Auftrag, einen Gegenvorschlag auszuarbeiten.

Diesen präsentierten Landammann Alfred Stricker sowie die Regierungsräte Paul Signer und Hansueli Reutegger gestern an einer Pressekonferenz. Die Vorschläge lehnen sich an die Ergebnisse der Verfassungskommission an, die sich ebenfalls mit den Strukturen der Ausserrhoder Gemeinden beschäftigte.

### Favorisierte Lösung würde Gemeinden entlasten

Der Regierungsrat favorisiert eine Reduktion der Anzahl Gemeinden von heute zwanzig auf neu vier. Die fusionierten Gemeinden könnten beispielsweise Vorderland, Mittelland, Hinterland und Herisau heissen. «Dieser Vorschlag ist eine weitreichende, aber zielführende Möglichkeit, um die künftigen

Gemeindestrukturen grundlegend neu zu ordnen», sagte Reutegger. Seiner Ansicht nach hat diese Vorgehensweise verschiedene Vorteile. So würde eine Neustrukturierung zentral durch den Kanton erfolgen. «Die Gemeinden wären von aufwendigen und anspruchsvollen Fusionsverfahren entlastet», sagte Reutegger. Gleichzeitig würden damit Strukturen geschaffen, die auch als Wahlkreise für ein einfaches Proporzwahlverfahren dienen könnten, so wie dies die Verfassungskommission vorschlägt. Mit seinem

gestern vorgestellten Vorstoss macht der Regierungsrat eine Kehrtwende um 180 Grad. Bis anhin vertrat er die Meinung, dass der Anstoss zu Fusionen von der Basis ausgehen muss. Sprich: Jede Gemeinde sollte entscheiden, mit wem sie heiraten will. Das Freiwilligkeitsprinzip wird nun verlassen. Reutegger erwähnte in diesem Zusammenhang die im Kanton gemachten Erfahrungen. Immer mehr Gemeinden hätten Mühe, genügend Behördenmitglieder

zu finden, sagte der Vorsteher des Departements Inneres und Sicherheit. Hingegen gehe es nicht darum, mit Fusionen Kosten zu sparen. Man wolle letztlich die kommunalen Verwaltungen zusammenlegen, sagte Reutegger. «Die dörflichen Strukturen sollen dagegen beibehalten werden.»

Die beiden anderen gestern vorgestellten Varianten gehen weniger weit. Mit dem zweiten Vorschlag, der nun zur Diskussion steht, soll die Zahl der Gemeinden in der Verfassung von

zwanzig auf neu vier bis 16 reduziert werden. Er stellt im Vergleich zur Radikallösung einen offenen Ansatz dar, in welchem zuerst eine Optimierung der Gemeindestrukturen als Ziel in der Kantonsverfassung festgelegt und anschliessend die inhaltliche Ausgestaltung an die Hand genommen wird. Die dritte Variante wird von der Verfassungskommission unterstützt. Dieser Vorschlag stimmt weitgehend mit dem Anliegen der Volksinitiative überein.

### Regierung will Diskussion über Strukturfragen

Mit seinem Gegenvorschlag, der über die Forderung der Initiative hinausgeht, möchte der Regierungsrat während der nun folgenden Vernehmlassung eine breite Diskussion in Gang setzen. Er ist sich bewusst, dass die erwähnten Optionen bisher nie offiziell in den Gemeinden, Parteien und weiteren Kreisen thematisiert wurden. «Der Prozess zur Bereinigung der Gemeindestrukturen dauert nun schon zehn Jahre», sagte Landammann Alfred Stricker. Ergebnisse gebe es bis heute keine. Nun sei es Zeit, diese grundsätzliche Fragestellung zu klären, sagte Stricker. Für den Regierungsrat ist der Zeitpunkt für eine solche Diskussion günstig, zumal sich bereits in einer Totalrevision befindet.

Nach der Vernehmlassung wird sich erneut die Regierung mit dem Gegenvorschlag beschäftigen, bevor dann der Kantonsrat am Zug ist.

## Kommentar

### Radikal, aber richtig

Wie soll der Kanton Appenzell Ausserrhoden der Zukunft aussehen? Diese Frage beschäftigte die Bürgerinnen und Bürger in den vergangenen Jahren erstaunlicherweise nicht. Zwar wollte die IG Starkes Ausserrhoden mit ihrer Volksinitiative den Weg für Gemeindefusionen ebnen, die Diskussion fasste dennoch nie Fuss. Zu unkonkret war die Vision, zu gross die Angst, mit extremen Forderungen die Bürger vor den Kopf zu stossen. Der Regierungsrat hat das Thema nun mit Nachdruck lanciert. Er favorisiert als Gegenvorschlag zur Initiative und in Abkehr zu seiner früheren Position die Lösung, die

Anzahl der Gemeinden von heute 20 auf 4 zu reduzieren. Es gäbe nur noch Vorder-, Mittel- und Hinterland sowie Herisau. Der Vorschlag ist radikal, aber konsequent, nicht nur im Hinblick auf die Einführung des Proporz. Es entstünden Gemeinden, die endlich genügend Ressourcen hätten, um die Herausforderungen etwa im Bildungswesen, bei Ämtervakanz und der Raumplanung professionell anzugehen. Radikal ist auch der vorgeschlagene Weg. Die Regierung will nicht mehr wie bis anhin auf einen Anstoss von unten warten, sondern die Umgestaltung von oben einleiten. Dafür wird es in der Vernehm-

lassung massiv Kritik hageln, doch der Lösungsansatz ist richtig. Es wären alle Gemeinden involviert, auch die finanzschwachen, die mit einem passiveren Ansatz vergeblich auf einen Partner warten würden. Zudem kann der gesamte Kanton über das Ausserrhoden der Zukunft befinden. Auch dies ist richtig.



David Scarano  
david.scarano@appenzellerzeitung.ch